

# Landeserziehungsgeld

Freitag, 13 November 2009

Häusliche Betreuung -

nicht als sozial unerwünscht stigmatisieren

Als sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion habe ich mich dafür ausgesprochen, das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP für 2013 geplante Betreuungsgeld ohne Einschränkungen einzuführen. Ich warne davor, öffentlich dem Eindruck Vorschub zu leisten, &bdquo;häusliche Betreuung der Jüngsten sei ein sozial unerwünschtes Verhalten&ldquo;. Die Erfahrungen mit dem Thüringer Landeserziehungsgeld zeigen laut Gumprecht, dass trotz der gestärkten elterlichen Wahlfreiheit die Besuchsquoten in den Kindertagesstätten kontinuierlich ansteigen.

Es ist bedauerlich, dass Eltern erneut verdächtigt werden, staatliche Leistungen für einen sozial haltlosen Lebenswandel zu missbrauchen, statt sich um ihren Nachwuchs zu kümmern. &bdquo;Solche Beispiele gibt es, und der Staat geht diese Probleme auch an, wie unter anderem die Verbesserung des Kinderschutzes in Thüringen gezeigt hat. Es handelt sich aber nicht um Dimensionen, die es nahe legen, die elterliche Wahlfreiheit zu unterlaufen.&ldquo; In der fraglichen Altersgruppe kleiner Kinder von unter einem bis unter drei Jahren entscheidet sich aich mit Bestehen des Landeserziehungsgelds jedes Jahr ein größerer Teil der Eltern für die Kitas und gegen die häusliche Erziehung.

In Thüringen haben Eltern die Freiheit in Sachen Betreuung Ihrer Kinder zu wählen

Der zwischen der CDU und der SPD geschlossene Koalitionsvertrag für Thüringen sieht vor, das Landeserziehungsgeld zu entbürokratisieren und künftig flexibel im Anschluss an das Bundeselterngeld für zwölf Monate zu zahlen. Die CDU-Fraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Eltern möglichst frei von materiellen Sorgen darüber entscheiden können, wie sie ihre Kinder in deren ersten Lebensjahren betreuen und erziehen wollen.